

DAS MAGAZIN DER GEWERKSCHAFT PRO-GE

Ausgabe 5/2011

Glück auf!

Wann trifft es die Reichen?

Vermögens- und Finanztransaktionssteuer –
Wege um die Schieflage auszugleichen.

PRO-GE

Inhalt:

SÜSSWAREN, GANZ BITTER

Der Wiener Schwedenbomben-Hersteller Niemetz macht auf unappetitliche Weise auf sich aufmerksam: mit Verstößen gegen das Arbeitsrecht!

Seite 9

KRÄFTIGE LOHNERHÖHUNGEN FÜR METALLER

Lohnzurückhaltung wird es bei der heurigen Herbstlohnrunde keinesfalls geben, wie PRO-GE Bundesvorsitzender Rainer Wimmer in einem Interview ankündigt.

Seite 11

MONTAGE-„PRIVILEG“ BLEIBT

20.000 Monteurinnen und Monteure können endlich aufatmen. Gemeinsam mit den Sozialpartnern hat die PRO-GE die Steuerbegünstigung zurückerkämpft.

Seite 21

SCHLUSS MIT DER PRÜFUNGSHÖLLE

Teilprüfungen statt einmaliger Prüfungshölle fordert die PRO-GE Jugend in ihrer neuen Kampagne. Damit soll mehr Qualität in die Lehre gebracht werden.

Seite 15

EINKOMMEN: LICHT INS DUNKEL

Seit Anfang August müssen Betriebe die Einkommen ihrer MitarbeiterInnen in Berichten offen legen. Bundesministerin Gabriela Heinisch-Hosek erzählt, wozu das gut sein soll.

Seite 14

IMPRESSUM:

Glück auf! – Zeitschrift für Mitglieder der Gewerkschaft PRO-GE. ZVR-Nr.: 576439352. Herausgeber: Österreichischer Gewerkschaftsbund, Gewerkschaft PRO-GE, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, (01) 534 44-69. Medieninhaber: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1; Tel. (01) 662 32 96-0, Fax (01) 662 32 96-39793, E-Mail: office@oegbverlag.at, www.oegbverlag.at. Leitung: Mathias Beer. Chefin vom Dienst: Irene Steindl. Redaktion (glueckauf@proge.at): Karin Prokop, Wolfgang Purer, Irene Steindl, Barbara Trautendorfer. MitarbeiterInnen: Mag. Florian Rettenegger. Grafik & Layout: Peter-Paul Waltenberger, Niki Menger (Titel). Fotos: PRO-GE, fotolia, Lisa Lux, BKA/Astrid Knie, Siemens AG, Maria Lanznaster/pixelio.de, Volksbegehren Bildungsinitiative. Cartoon: Bull. Rätsel: Vera Ribarich. Hersteller: Leykam Druck-GmbH & Co KG, 7201 Neudörfel, Bickfordstraße 1. Redaktionsschluss der folgenden Ausgabe: 14. September 2011.



WIE (UN)FAIR IST UNSER STEUERSYSTEM?

In Österreich herrscht eine gewaltige Schiefe, was die Verteilung der Steuerlast angeht. Der Faktor „Arbeit“ leistet mehr als die Hälfte zum österreichischen Abgabenaufkommen. Höchste Zeit, Vermögen stärker zu besteuern. Eine Bestandsaufnahme der Glück auf! über Steuern, Finanzmärkte und viel zu billiges Vermögen.

Seiten 4 bis 7

Auslegungssache des Monats

WAS HEISST HIER MITTELSTAND?

In ÖVP-Kreisen kam der Vorschlag, die Höchstbeitragsgrundlage zur Sozialversicherung (SV) anzuheben, gar nicht gut an. Begründung: „Das trifft doch nur den Mittelstand!“ Aber wer würde denn demnach hier dazugehören? Rund zehn Prozent aller ArbeitnehmerInnen und etwa ein Prozent der ArbeiterInnen verdienen pro Jahr über 58.800 Euro brutto und damit über der Höchstbeitragsgrundlage zur SV. „Der Mittelstand“ dient für die ÖVP also in Wahrheit als Schutzschild für die oberen Einkommensklassen. Obwohl das Wort „Mitte“ ein Darunter und Darüber einschließt, gibt es beim ÖVP-Mittelstand keine Obergrenze. Damit wäre wohl klar, warum es für die ÖVP unfair ist, wenn Topmanager und Bankenbosse etwas mehr beitragen sollen. Schließlich gehören sie doch alle zum Mittelstand.

KURZ NOTIERT

Textilbetrieb Baumann wird weitergeführt

Im Zusammenhang mit der Insolvenz der Brüder Baumann Gesellschaft mit Sitz in Gmünd (Niederösterreich) hat die PRO-GE gemeinsam mit Arbeiterkammer, Betriebsrat und Belegschaft Ende Juli die Weiterführung des Betriebes erreicht. „Mit den neuen Eigentümern wird das Werk weitergeführt. Wir haben das Ziel erreicht, Arbeitsplätze in der strukturschwachen Region zu erhalten und das große Zusperrern zu verhindern“, erklärt PRO-GE Landessekretär Markus Wieser.

Bildungsvolksbegehren 100.000 Unterschriften nötig!

Die Eintragsfrist für das Bildungsvolksbegehren steht fest. Von 3. bis 10. November können alle österreichischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, die in Österreich ihren Hauptwohnsitz und am letzten Tag des Eintragszeitraumes das 16. Lebensjahr vollendet haben, das Volksbegehren unterstützen. Damit es im Parlament behandelt wird, sind mindestens 100.000 Unterschriften nötig.

www.vbbi.at



Kraft Foods: Aus 1 mach 2

Der Lebensmittelkonzern Kraft Foods baut weiter um. Nachdem bekannt wurde, dass in der Bludenz Schoko-Fabrik durch Umstrukturierungen Arbeitsplätze wegfallen sollen, kommt jetzt der ganz große Umbau: Der nordamerikanische Lebensmittelbereich wird aus dem globalen Gesamtgeschäft herausgenommen. Es entstehen zwei unabhängig geführte Unternehmen. Marken wie Milka-Schokolade und Jacobs-Kaffee bleiben bei der „alten Kraft“, die künftig unter dem Firmennamen Global Snacks weitergeführt wird.

Messe: WearFair 2011

Mode kann nicht nur schön, sondern auch fair und ökologisch sein. Österreichs Messe für faire und ökologische Mode richtet sich an Menschen, die Design mit nachhaltigem Lebensstil verbinden. Wie das möglich ist, zeigen mehr als 50 AusstellerInnen von 30. September bis 2. Oktober 2011 auf der diesjährigen „WearFair“ in der Linzer Tabakfabrik.

www.wearfair.at

Datenbank gegen Hunger in der Welt

Auf französischen Druck einigten sich die G20-Agrarminister, eine internationale Datenbank namens „Amis“ für die Bestände der wichtigsten Nahrungsmittel wie Weizen, Reis oder Mais zu schaffen. Sie soll nicht nur Engpässen in einzelnen Weltregionen oder Ländern zuvorkommen, sondern generell mehr Transparenz auf den Märkten schaffen und damit Preisschwankungen verhindern.



Rainer Wimmer,
Bundesvorsitzender der PRO-GE

DER HERBST MUSS REFORMEN BRINGEN


Jetzt ist der Zeitpunkt da, um neue Wege zu gehen und aus der vergangenen Krise die Konsequenzen zu ziehen. Die Politik muss die Debatten intensiv weiterführen. Österreich braucht tragbare Lösungsansätze und Reformschritte, etwa in der Bildung und in der Steuerstruktur. Denn was ist seit dem Krisenjahr 2009 geschehen? Die Schulden erdrücken Gemeinden, Städte und Staatshaushalte. Es fehlen Mittel für wichtige Investitionen. Währenddessen haben sich die Börsenspekulanten wieder erholt. Wetten auf Rohstoffpreise oder gegen den Euro stehen ganz oben auf der Liste, und die Manager-Boni fließen wieder in Millionenhöhe.

Nicht alles darf den völlig entfesselten Finanzmärkten überlassen werden. Maßnahmen gegen grenzenlose Gier und zum Schutz der realen Wirtschaft sowie zur Entlastung der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler liegen griffbereit. Sie gehören umgesetzt. Eine **Finanztransaktionssteuer** und eine **europäische Ratingagentur** wären ein gutes Gegengewicht zum derzeitigen Misssystem. Doch nicht nur auf EU-Ebene, sondern gerade auch in Österreich müssen konkrete Änderungen vorangetrieben werden. Die Arbeitseinkommen sind extrem hoch belastet. Große Vermögen kaum. Hier hat Österreich Nachholbedarf.

Die unkontrollierte Profitgier als Wirtschafts-Strategie hat sich nachweislich als falsch erwiesen. Dennoch blüht sie immer noch: Es geht nicht um Wertschöpfung oder um gute Arbeitsplätze, sondern um hohe Gewinnausschüttungen und Dividenden. Und die fließen wie vor der Wirtschaftskrise. Während Reiche immer reicher werden, bleibt den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wegen der Inflations- und Steuerbelastung immer weniger im Geldbörsel.

Die Debatte über **Steuerentlastungen** für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer muss geführt werden. Es geht hier um Steuergerechtigkeit. Darauf wird die PRO-GE drängen. Im Herbst starten auf alle Fälle die Kollektivvertragsverhandlungen mit der „**Metallerunde**“. Die PRO-GE wird gemeinsam mit den BetriebsrätInnen und den Mitgliedern um jeden Cent Lohnerhöhung kämpfen.

Glück auf!
Euer Rainer Wimmer

A young girl with brown hair, wearing a green hat and a brown jacket, is shown in a close-up, aiming a bow. Her eyes are wide and focused on the target. The background is blurred, suggesting an outdoor setting. The overall tone is serious and focused.

Steuerreform

Wie (un)fair ist unser Steuersystem?

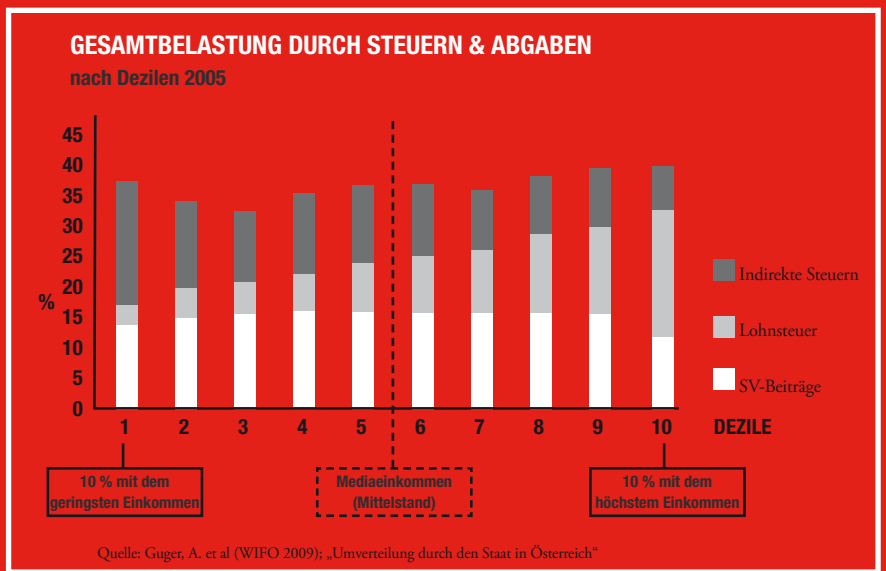
Robin Hood hätte sich ein gerechtes Steuersystem wohl anders vorgestellt. In Österreich herrscht eine gewaltige Schiefe, was die Verteilung der Steuerlast angeht. Wir machen eine Bestandsaufnahme und zeigen, warum Steuern auf Vermögen dringend notwendig sind.

Schreckgespenst „Vermögenssteuer“? Die Schieflage ist offensichtlich. Sobald das Wort „Vermögenssteuern“ auftaucht, wird den ArbeitnehmerInnen eingeredet, dass damit der Wirtschaftsstandort Österreich gefährdet würde. Das Argument ist aus der Luft gegriffen, denn die hohe Belastung der Arbeit ist mindestens genauso gefährdend für den Wirtschaftsstandort, behindert sie doch Beschäftigung und Konsum. Höhere Steuern – besonders auf Vermögen – bremsen das Wirtschaftswachstum nicht, wenn sie sinnvoll verwendet werden. Niedrigere Abgaben auf Arbeit und bessere staatliche Leistungen ermöglichen erst ein höheres Wohlstands- und Beschäftigungsniveau.

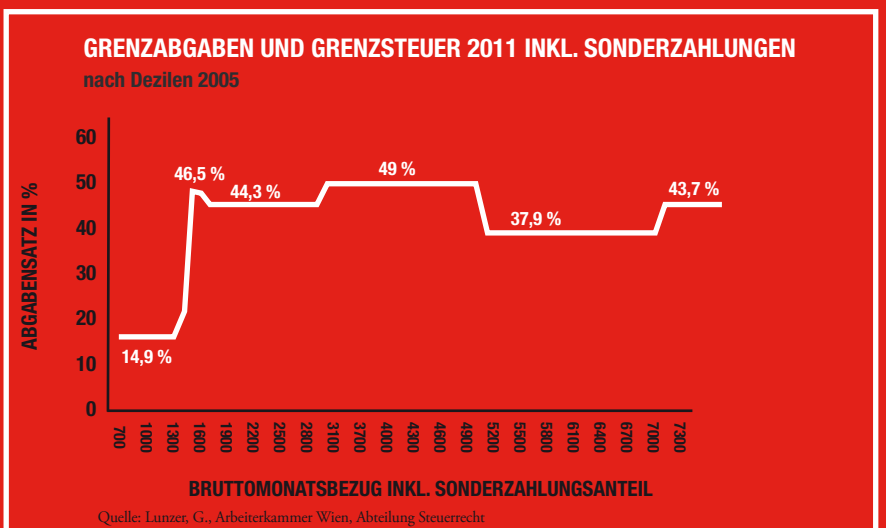
Niemand zahlt gerne Steuern. Vermögende, die es sich leisten können ihr Geld für sich arbeiten zu lassen, schon gar nicht. Schließlich sind sie es in der Regel auch nicht gewohnt, für ihre Gewinne etwas an die Allgemeinheit abzugeben. Während Arbeit in Österreich mit einem Spitzensatz von über 40 Prozent besteuert wird, trägt Kapital kaum etwas zum gesamten Steueraufkommen bei.

ArbeitnehmerInnen als Melkkühe. Mehr als die Hälfte des gesamten Abgabenaufkommens in Österreich kommt aus dem Faktor Arbeit. Das Steuersystem unterscheidet aber auch hier kaum zwischen Niedrig- oder BesserverdienerInnen. Während jene zehn Prozent mit den geringsten Einkommen 37,3 Prozent ihres Gesamteinkommens an Steuern und Abgaben zahlen, liegt die Belastung der reichsten zehn Prozent mit rund 40 Prozent nur geringfügig darüber (siehe Grafik). Auch beim Grenzsteuersatz wird deutlich, dass die niedrigen und mittleren Einkommen am meisten belastet sind (siehe Grafik). Grund dafür ist die Höchstbeitragsgrundlage der Sozialversicherung von derzeit 58.800 Euro brutto im Jahr. Da man für das Einkommen über diesem Betrag keine Sozialabgaben mehr bezahlen muss, wirkt sich das vorteilhaft für SpitzenverdienerInnen aus.

Teure Arbeit, billiges Vermögen. Während also Arbeit nicht nur hoch, sondern auch ungleich besteuert wird, fallen Steuern auf Vermögen ausgesprochen niedrig aus. Mit einem Anteil von 2,3 Prozent, liegen die Einnahmen nicht einmal bei der Hälfte des EU-Durchschnitts von fünf Prozent. Möglich machen das fehlende Erbschafts-, Vermögenszuwachs- oder Börsenumsatzsteuern, wie sie in anderen EU-Ländern üblich sind. Aber auch Kapitalgesellschaften profitieren von europaweiten Ausnahmeregelungen, wie die 2005 eingeführte Gruppenbesteuerung oder die Steuervorteile für Privatstiftungen.



Menschen mit hohem Einkommen zahlen zwar tatsächlich mehr Lohnsteuer, dafür aber weniger Sozialversicherungsbeiträge durch die Deckelung. Außerdem sind KleinverdienerInnen stärker von Verbrauchssteuern betroffen, da sie einen größeren Anteil ihres Einkommens ausgeben müssen.



Die Grenzbelastung gibt den Prozentsatz an, der für ein bestimmtes Einkommen entrichtet wird. Wer z. B. 6.000 Euro verdient, zahlt für die letzten 1.200 Euro nur 37,9 Prozent Steuern, für die 1.799 Euro darunter 49 Prozent usw. Die Grafik zeigt deutlich, dass niedrige Einkommen hoch belastet sind und erst höhere Einkommen von einem niedrigeren Grenzsteuersatz profitieren.



Finanztransaktionssteuer

Zurückrudern vorm Abgrund

Auf Finanzmärkten wird hoch gepokert. Neuerdings sogar um das Schicksal von Nationen. Der Ruf nach Regulierung wird lauter, eine Finanztransaktionssteuer bietet sich an. Doch dafür braucht es die Zustimmung aller europäischen Staaten. Oder doch nicht?

LINKTIPPS:

Kampagne
„Finanztransaktionssteuer JETZT!“
www.financialtransactiontax.eu/de

Das ÖGB-Europabüro
www.oegb-eu.at

Hart gerungen wird seit vergangenem Jahr um eine Finanztransaktionssteuer (FTS). Neben jährlichen Einnahmen von rund 450 Milliarden Euro würde die europaweite Abgabe Spekulationen eindämmen und Finanzmärkte regulieren. Das EU-Parlament und einige Staaten, darunter auch Österreich, sind klar für die Einführung.

Milliardenteure Medikamente. Die Finanzkrise 2008 war der beste Beweis: Finanzmärkte brauchen Regeln. Doch statt sie zu regulieren, sah man den zügellosen Spekulationen weiter zu, mit dem Ergebnis, dass heute ganze Staaten dem Bankrott nahe sind. Mangels Systemalternativen wird die Realwirtschaft und damit die Allgemeinheit zur Kasse gebeten. „Statt die Krankheitsursache zu bekämpfen, werden milliardenteure Medikamente verschrieben“, kommentiert PRO-GE Vorsitzender Rainer Wimmer die immer umfangreicheren Rettungsmaßnahmen. Eine FTS wäre zwar nur ein erster, aber unerlässlicher Schritt in Richtung regulierte Finanzmärkte.

Stabile Preise. Die Vorteile einer Finanztransaktionssteuer liegen auf der Hand: Während einmalige Transaktionen kaum belastet werden, verteuern sich kurzfristige Spekulationen auf Finanzderivate erheblich und werden eingedämmt. Als Folge stabilisieren sich Rohstoffpreise, Wechsel- und Aktienkurse. Noch ein gewichtiger Grund sind jährlich rund 450 Milliarden Euro, die eine europaweite Abgabe von nur 0,05 Prozent, bereits unter Berücksichtigung des erwarteten Rückgangs von Finanztransaktionen, bringen würde.

(Schul)meisterliche Ideen. Bleibt nur eine Frage: Was wenn nicht alle EU-Staaten zustimmen? Der Ökonom Stephan Schulmeister sieht einen Ausweg. Denn die Abgabe könne nicht nur zentral, von allen Ländern eines bestimm-

DIE BÖRSE MACHT'S MÖGLICH

230 MILLIARDEN EURO

besitzen die österreichischen Millionäre und Milliardäre.

UM 8–10 PROZENT

wachsen die Vermögen der Reichsten Österreichs durchschnittlich pro Jahr.

3-MAL SO STARK

vermehrt sich damit das Kapital der Reichen gegenüber dem Arbeitseinkommen.

63,5 MILLIARDEN EURO

besitzen allein die zehn reichsten ÖsterreicherInnen.

Quelle: Valluga Investmentgesellschaft

Vorsicht Schieflage

Die PRO-GE tritt für eine gerechte Verteilung der Steuerlast ein. Ein Systemwechsel ist längst überfällig. Arbeitseinkommen müssen entlastet, Vermögen mehr besteuert werden.

Damit mehr Netto vom Brutto im Börsel bleibt, fordern PRO-GE und ÖGB:

- Progressive Vermögensbesteuerung mit Freigrenzen (z. B. ab 1 Million Euro)
- Erhöhung der bestehenden Negativsteuer, damit auch die BezieherInnen der niedrigsten Einkommen von einer Steuerreform profitieren
- Anhebung der Höchstbeitragsgrundlage in der Sozialversicherung
- Steuer auf Spekulationsgewinne
- Keine steuerliche Begünstigung bei Wertpapierkauf
- Höhere Besteuerung von Dividendenausüttungen an AktionärInnen
- Erbschafts- und Schenkungssteuer zumindest für die höchsten 20 Prozent der Erbschaften/Vermögen
- Einführung einer Finanztransaktionssteuer
- Etablierung einer europäischen Ratingagentur
- Mehr Kontrolle des Finanzsektors

Nach der Krise ist vor der Krise. Heute wird an der Börse schon wieder munter weiter spekuliert, Boni fließen in Millionenhöhe. Und das mit minimaler Steuerbelastung. Auch Vermögen werden in Österreich kaum besteuert, Arbeitseinkommen hingegen mit rund 44 Prozent. Dabei werden kleine und hohe Einkommen beinahe gleich hoch besteuert. Diese Schieflage muss beseitigt werden – wir brauchen ein gerechtes Steuersystem, das vor allem kleine Einkommen entlastet.

ten Gebiets, sondern auch dezentral eingeführt werden. Die Einhebung würde bei den Banken erfolgen, welche die Order für Transaktionen entgegennehmen. So könnten auch nur einzelne Länder die Abgabe einführen.

Rasche Lösung möglich. „Alle Umsätze von Dienstleistungen und Waren unterliegen einer Umsatzsteuer. Es ist also nicht einzusehen, dass ausgerechnet Umsätze aus Finanzprodukten steuerfrei sein sollen“, gibt Wimmer zu bedenken. Denn leistungsloses Einkommen schafft weder Wertschöpfung noch Arbeitsplätze. Der dezentrale Ansatz Schulmeisters macht denkbar, dass anfänglich nur all jene Länder eine FTS einführen, die sie bereits befürworten. „Klar ist, dass wir eine rasche Lösung zur Regulierung der Finanzmärkte brauchen. Wir müssen volle Kraft vorm Abgrund zurückrudern, bevor uns die nächste Krise überrollt“, so Wimmer.



Arbeitnehmerveranlagung-Check:

AUF MEIN GELD VERZICHT' ICH NICHT!

Jedes Jahr bleiben Millionen beim Finanzamt liegen, weil viele die Arbeitnehmerveranlagung nicht machen. Dabei zahlt es sich meistens aus und Geld retour gibt es bis fünf Jahre im Nachhinein!

LINKTIPPS:

Die Arbeitnehmerveranlagung online
finanzonline.bmf.gv.at

Broschüre „Steuer sparen 2011“
www.arbeiterkammer.at

Trifft auch nur eine der folgenden Aussagen auf dich zu, solltest du die Arbeitnehmerveranlagung auf alle Fälle machen!

- Ich war nicht das ganze Jahr über berufstätig.
- Ich habe so wenig verdient, dass ich keine Lohnsteuer bezahlt habe.
- Ich habe gesetzlichen Unterhalt für Kinder geleistet.
- Mein Kind besuchte eine Kinderbetreuungseinrichtung.
- Ich muss täglich mehr als 20 km zur Arbeit pendeln bzw. kann keine öffentlichen Verkehrsmittel benutzen.
- Ich habe eine Krankheit/Behinderung mit Ausgaben, die nicht ersetzt wurden.
- Ich habe eine neu errichtete Wohnung gekauft oder ein Haus gebaut.
- Ich habe mich beruflich weitergebildet (auch Umschulung!) oder arbeite neben meinem Studium.
- Ich habe mir zu Hause einen Computer angeschafft.
- Ich habe gespendet, zähle Kirchen- oder Gewerkschaftsbeitrag
 (Nur wenn er selbst überwiesen und nicht gleich von der Firma abgezogen wird).

Übrigens: Bei einer freiwilligen Arbeitnehmerveranlagung kannst du immer nur Geld zurückbekommen. Denn: Sollte es doch zu einer Nachforderung kommen, kannst du den Antrag wieder zurückziehen (Ausnahme: verpflichtende Steuererklärung).



Foto: Fotolia - Olivier Le Moa

Wir feiern den Sommerausklang

PRO-GE Wien lädt ein. Heuer wird wieder das Tanzbein geschwungen: Die PRO-GE Wien lädt am 16. September ins Bildungszentrum der AK Wien zum Sommerausklangsfest. Für das leibliche Wohl der Gäste sorgen eine Grillstation und eine Cocktailbar. Gute Unterhaltung garantieren die „Red Devils“ und die Mitternachtseinlage. Karten sind zwischen 15 und 20 Euro erhältlich.

Die Karten sind nur im Vorverkauf bei der PRO-GE Landesleitung Wien unter der **Tel. (01) 534 44-69662** erhältlich.

Gesundheitsvorsorge ist Bares wert

Aktion bei isosport. Für die MitarbeiterInnen der Firma isosport im Burgenland bedeutet Gesundheitsvorsorge bares Geld. Bringen sie eine Bestätigung der Vorsorgeuntersuchung zu Arbeiterbetriebsrat Manfred Fink, bekommen sie Einkaufsgutscheine im Wert von 30 Euro. Finanziell unterstützt wird die Aktion durch die Geschäftsleitung, die Idee kam Fink durch die G2-Kampagne. „Wir wollen 2011 mindestens 25 Prozent der Beschäftigten zur Vorsorgeuntersuchung bewegen“, so Fink. „Im ersten Monat wurde die Aktion bereits sehr gut angenommen.“



Foto: Fotolia - dondoc-foto

FLO'S BUCHTIPP



IMPORT/EXPORT

Ernst Schmiederer erzählt seit fünf Jahren in der Österreich-Ausgabe der Wochenzeitung DIE ZEIT in den Rubriken „DRINNEN“ und „DRAUSSEN“ von Menschen, die ihr Herkunftsland verlassen haben, um im Ausland Fuß zu fassen. Die gesammelten Kurzbiografien dieser „neuen Nomaden“ sind nun zusammengefasst in einem Doppelbuch erschienen. „IMPORT/Lauter Ausländer“ lässt die nach Österreich Zugewanderten zu Wort kommen, in „EXPORT/Noch mehr Ausländer“ berichten ÖsterreicherInnen, die irgendwo anders leben. Das Buch erzählt in 240 kompakten Geschichten von Migration, Mobilität, Heimat und Interkulturalität.

Ernst Schmiederer, „Import/Export. Lauter Ausländer/Noch mehr Ausländer“ Wieser Verlag, 2011, 283 Seiten, EUR 24,95, ISBN 978-3-85129-918-2

Erhältlich in der ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien, Rathausstraße 21, Tel.: (01) 405 49 98-132, E-Mail: fachbuchhandlung@oegbverlag.at

JUGEND-ANGEBOTE

Sei klüger, spring drüber!

Die PRO-GE Jugend bietet in Kooperation mit dem Mauthausen Komitee tolle Angebote für Jugendliche und Jugendgruppen zum Thema Anti-Rassismus und Zivilcourage. Die Angebote unter dem Motto „Sei klüger, spring drüber!“ sind für Mitglieder gratis, aber auch für „Noch-nicht-Mitglieder“ offen.

www.proge-jugend.at

AUSZEICHNUNGEN

OÖ: Lehrlings-Awards 2011

Die besten Lehrlinge Oberösterreichs wurden im Linzer Design Center geehrt. Teilnehmen konnten alle Jugendlichen aus Elektro- und Metallberufen sowie Büro- und Industriekaufleute, welche das zweite Lehrjahr nach dem 15. Juli 2010 begonnen hatten. Die Techniker unter den TeilnehmerInnen schnitten besonders gut ab. Fast jede sechste Prüfungsarbeit in den technischen Berufen erzielte ein Sehr gut.

ARBEITERKAMMER

Bildungsgutschein – jetzt bestellen!

Heuer schon weitergebildet? Die Arbeiterkammer macht Weiterbildung schmackhaft. Mit dem AK-Bildungsgutschein im Wert von 100 bis 150 Euro werden zahlreiche Kurse in unterschiedlichen Bildungseinrichtungen gefördert. Bis Jahresende können AK-Mitglieder den Gutschein für 2011 noch bestellen. Mehr Infos gibt es bei der Arbeiterkammer in deinem Bezirk oder Bundesland bzw. im Internet unter www.arbeiterkammer.at





Traditionsunternehmen Niemetz

Süßwaren, ganz bitter

Die Schwedenbomben von Niemetz gehören zu Österreichs beliebtesten Süßigkeiten. Wie beim Wiener Traditionsunternehmen das Arbeitsrecht umgangen wurde, ist allerdings eher unappetitlich.

120 Jahre alt wurde Niemetz dieses Jahr, das Paradeprodukt Schwedenbombe 80. In der Niemetz-Fabrik in Wien-Landstraße herrscht allerdings wenig Feierstimmung. „Das Verhältnis zwischen Geschäftsführung und Belegschaft hat sich seit gut 15 Jahren kontinuierlich verschlechtert“, erinnert sich Betriebsrat Robert Ettmayer. Mit dem Einsatz von LeiharbeiterInnen vor rund vier Jahren ist die Situation eskaliert.

Information verweigert. Ettmayer entdeckte Unstimmigkeiten in der Abrechnung der LeiharbeiterInnen – der Startschuss zu einem Katz-und-Maus-Spiel, das seinesgleichen sucht. Was bis dahin unter Arbeitskräfteüberlassung lief, wurde nun stattdessen als „Lohnverpackung“ deklariert. Dadurch war der Betriebsrat formal nicht mehr für die betroffenen Arbeitskräfte zuständig. Information zu ihrer Tätigkeit wurde Ettmayer verweigert. „Offensichtlich wurde ihnen auch eingetrichtert, auf

keinen Fall mit mir zu reden“, vermutet der Betriebsrat. „Die Kontrolle von arbeitsrechtlichen Bestimmungen wurde mir so gezielt unmöglich gemacht.“

Versteckspiel. Ettmayer schaltete die Behörden ein, der Erfolg hielt sich aber bislang in Grenzen. Niemetz musste kleinere Geldstrafen bezahlen, die „Verpackungsfirma“ entging allen Konsequenzen: sie sperrte zu. Ihre Beschäftigten waren trotzdem weiterhin bei Niemetz tätig – für eine „neue“ Firma mit neuem Namen und neuer Adresse. Zuletzt wurde eine weitere derartige Firma angeheuert, während die Stammebelegschaft immer weiter reduziert wurde.

Tricksereien ohne Ende. „Es handelt sich hier eindeutig um Arbeitskräfteüberlassung. Die dafür gültigen Gesetze sowie der Kollektivvertrag wurden mit der falschen Deklaration als ‚Lohnverpackung‘ rechtswidrig umgangen“, stellt Thomas Grammelhofer, PRO-GE Branchensekretär für die Arbeitskräfteüberlassung fest. „Bei den ‚Lohnverpackungsfirmen‘ selbst dürften die Gesetzesverstöße dann noch weiter gehen“, sagt Grammelhofer. „Wir haben Hinweise auf Fälle von Sozialbetrug, Scheinselbstständigkeit und Lohndumping.“

Trübe Aussichten. Bei Niemetz ist bis Mitte August Sommerpause, die Produktion läuft nur eingeschränkt. Dass es danach so weitergeht wie bisher, kann Robert Ettmayer nur vermuten. Ganz aufgeben hat er die Hoffnung auf ein Ende des Spuks trotz allem noch nicht. Denn: „Die bisherige Situation ist weder für die Beschäftigten noch für das Unternehmen gut.“

Herbstlohnrunde

Starker Aufschwung

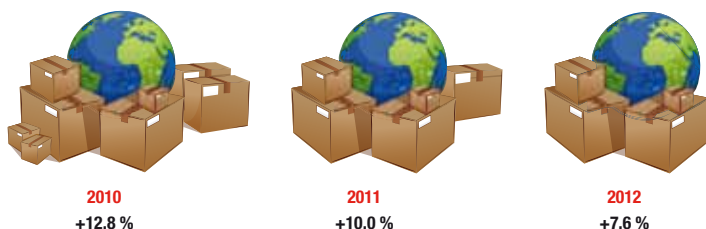
Die Lohnverhandlungen im Herbst nahen in großen Schritten. Den Startschuss für die Herbstlohnrunde geben Ende September wieder die „Metaller“. Zusammen mit der GPA-djp verhandelt die PRO-GE Lohnhöhungen für rund 165.000 Beschäftigte. Wirtschaftsdaten, Auftragslage und Produktion ergeben ein ausgezeichnetes Gesamtbild.



Foto: Fotolia - Light Impression

WARENEXPORTE, REAL

Die Exporte boomten und sind Grundstein des Erfolges. Für heuer wird ein neues Rekordjahr erwartet.



PRIVATER KONSUM



Quelle: Wifo-Prognose, Stand: Juli 2011

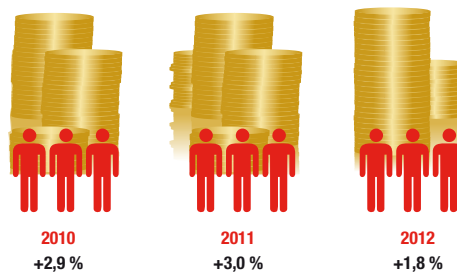
INFLATION

Die Inflation steigt extrem stark an. Preistreiber sind Energie, Treibstoffe, Nahrungsmittel. Die Kaufkraft dagegen steigt um rund 1 %.



BIP

Laut Wirtschaftsforschern hält der robuste Aufschwung an. Bis 2015 werden im Schnitt 2,2 % Wachstum erwartet.



DER METALLER-FAHRPLAN

22. September:
Forderungsübergabe

1. Verhandlungsrunde:
4. Oktober

2. Runde:
12. Oktober

3. Runde:
20. Oktober

AKTUELLE KOLLEKTIVVERTRAGSABSCHLÜSSE

Ab 1. Juni 2011: Glasbe- und -verarbeitende Industrie: KV-Löhne +3,05 Prozent; IST-Löhne +2,85 Prozent, mindestens aber Euro 45,- (Auswirkung bei Lohngruppe 5 bis zu 3,58 %); KV-Zulagen +3,05 Prozent; innerbetriebliche Zulagen +2,85 Prozent

Ab 1. Juli 2011: Leder erzeugende Industrie: KV-Löhne/-gehälter +2,4 Prozent; Ist-Löhne/-Gehälter: Aufrechterhaltung der bestehenden Überzahlung; Lehrlingsentschädigungen +2,4 Prozent; neuer Mindestlohn: Euro 1.099,61; Erfolgsprämie für Lehrlinge bei Lehrabschlussprüfung mit gutem bzw. ausgezeichnetem Erfolg

Fleischwarenindustrie und Fleisergewerbe: KV-Löhne +2,75 Prozent; Lehrlingsentschädigungen +2,75 Prozent; Dienstalterszulagen

+2,75 Prozent; Zehrgelder +2,75 Prozent; günstigere betriebliche Regelungen bleiben aufrecht

Konditoren Steiermark: KV-Löhne im Durchschnitt +2,65 Prozent; Lehrlingsentschädigung +2,93 Prozent; neuer Mindestlohn: Euro 1.070,40

Firma Haas/PEZ: KV-Löhne +2,75 Prozent; innerbetriebliche Zulagen +2,75 Prozent; neuer im Betrieb angewendeter Mindestlohn LK 1 Euro 1.397,79

Alle KV-Abschlüsse unter www.lohnstunden.at!

Kräftige Lohnerhöhungen für Metaller!

Die Vorbereitungen zu den Kollektivvertragsverhandlungen in der Metallindustrie und des Bergbaus laufen. Wie es den Unternehmen und der Wirtschaft geht und warum Lohnzurückhaltung nicht in Frage kommt, erklärt Bundesvorsitzender Rainer Wimmer im Glück auf!-Interview.

LINKTIPP:

Informationen zu den KV-Verhandlungen www.lohnstunden.at

Glück auf!: Am 22. September findet die Übergabe der Forderungen statt. Und zwei Wochen später, die erste Verhandlungsrunde. Wie geht es Metallindustrie und Bergbau?

Wimmer: Wirtschaftsforscher erwarten für 2011 ein Wachstum von mehr als drei Prozent. Die Auftragsbücher sind voll, die Produktionsauslastung ist sehr gut. Vor allem die Exporterfolge haben enorm zum Aufschwung beigetragen. Dieser riesige Erfolg ist nicht an irgendeiner Aktienbörse „erspekuliert“ worden, sondern wurde ausschließlich von den Beschäftigten ermöglicht. Daher wird die PRO-GE eine kräftige Lohnerhöhung für die Kolleginnen und Kollegen fordern. Sie müssen am wirtschaftlichen Aufschwung beteiligt werden. Daran führt kein Weg vorbei.

Glück auf!: Die Inflationsrate ist sehr hoch. Vor allem das tägliche Leben

ist massiv teurer geworden. Welchen Einfluss hat das auf die Lohnrunde?

Wimmer: Energie, Treibstoffe, Nahrungsmittel aber auch Wohnungsmieten sind empfindlich teurer geworden. Der tägliche Einkauf reißt ein Loch in das Geldbörstel. Das spüren die Menschen massiv. Daher muss die Inflationsbelastung abgegolten und der Produktivitätszuwachs honoriert werden. Auch aus volkswirtschaftlichen Gründen ist dies sinnvoll: Kaufkraft stärken, damit es den Unternehmen auch in Zukunft gut geht!

Glück auf!: Die Unternehmen jammern bereits, dass sich die Konjunktur abschwächt und hohe Lohnforderungen sich negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit auswirken werden. Ein Grund für Lohnzurückhaltung?

Wimmer: Nein, auf gar keinen Fall. Das ist das übliche

Krankreden der Wirtschaft vor jeder Lohnrunde. Die Aussichten sind in Wahrheit sehr positiv, das Niveau sehr, sehr hoch. Außerdem sind die Lohnstückkosten im europäischen Vergleich nur sehr moderat gewachsen. Die österreichische Wettbewerbsfähigkeit hat sich also verbessert.

Glück auf!: Was ist mit dem Thema Arbeitszeit: Kommt das wieder so massiv auf den Verhandlungstisch?

Wimmer: Arbeitszeit ist immer ein Thema bei



Rainer Wimmer, Bundesvorsitzender der PRO-GE und Verhandlungsführer in der Metallindustrie

Kollektivvertragsverhandlungen. Das liegt in der Natur der Sache. Im Frühjahr haben wir dazu eine neue Initiative gestartet. Erste Ergebnisse erwarten wir Mitte 2012. Im Kern geht es darum, für jede Branche ein konkretes Forderungspaket zu schnüren. So zum Beispiel gibt es in der Forstarbeit andere Herausforderungen als in der Metallindustrie. Aber ich sage ganz deutlich: Für die Streichung von Überstundenzuschlägen, wie sich das die Wirtschaft wünscht, stehen wir nicht zur Verfügung.

Glück auf!: Der Sommer war mitunter sehr kühl. Wird es ein heißer Herbst?

Wimmer: Für Wetterprognosen bin ich zum Glück nicht zuständig. Aber Spaß beiseite. Was die Lohnverhandlungen betrifft: Geschenke darf sich niemand erwarten. Das Verhandlungsteam und die Betriebsrätinnen und Betriebsräte werden um jeden Cent hart kämpfen. Wir fordern kräftige Lohnerhöhungen für die Kolleginnen und Kollegen. Und wenn es sein muss, werden wir zusammen mit unseren Mitgliedern auch den nötigen Druck erzeugen.



Foto-Reportage

Die Edelpute ist die Gute

100 ArbeiterInnen verarbeiten bei Pöttelsdorfer Putenspezialitäten im Burgenland pro Tag rund 26 Tonnen Fleisch in AMA-Qualität. Hauptabnehmer für die Edelpute ist Spar. Die Tiere werden lebend aus Ober- und Niederösterreich, der Steiermark und dem Burgenland angeliefert. Kärnten beliefert den Standort auch mit Bio-Puten.

Das Zerlegen der Puten geht blitzschnell. Von den Flügeln bis zur Keule und den Knochen – alles wird verarbeitet. Das Fleisch der Ober- und Unterkeule eignet sich besonders gut für Kebapfleisch.

Die ArbeiterInnen stellen rund 100 verschiedene Produkte in über 400 Verpackungsvarianten her: Allein 35 verschiedene Wurstsorten, aber auch Schinken, Aufstriche, Pasteten, die Pute im Ganzen oder das Putenschnitzel gehören zum Sortiment.



Auch Fertigprodukte wie Cordon Bleus werden hier hergestellt und händisch mit Schinken und Käse belegt. Danach gehts am Fließband weiter zum Panieren und Frittieren, bis sie im Kühlturm – direkt am Förderband – tiefgefroren werden.



ArbeitnehmerInnenschutz ist im Betrieb besonders wichtig: Gratis werden Zecken-, Grippeimpfung und eine jährliche Gesundheitsuntersuchung angeboten. Auch die Erste-Hilfe-Kurse sind immer gut besucht.



Gabriele Schrödl ist seit 2002 Betriebsratsvorsitzende. Gemeinsam mit vier KollegInnen ist sie für die rund 100 ArbeiterInnen im Betrieb zuständig.

Bei der gesamten Verarbeitung, so auch hier bei den Grillspießen, sind strenge Hygienevorschriften unerlässlich. Nur nach gründlicher Desinfektion von Händen und Füßen und mit Hygienekleidung ist das Betreten der Fabrik gestattet.



WISSENSWERTES

- **Putenfleisch** hat nur einen geringen Fettgehalt.
- Eine **Pute** wiegt rund zehn Kilo, Pouter 18 bis 20 Kilogramm.
- Die **Mastzeit** beträgt bei Puten 14 Wochen, bei Truthähnen 20 Wochen.
- Die Tiere bekommen **Mischfutter** nach AMA-Richtlinien.
- **Putenfleischprodukte** aus Pöttelsdorf werden unter anderem nach Jordanien und in die Vereinigten Arabischen Emirate exportiert. Ein Grund, warum auch „Halal“-Produkte (= rein, erlaubt nach islamischem Recht) angeboten werden.

Einkommensberichte

Jetzt kommt Licht ins Dunkel

„Über Geld spricht man nicht“ – mit diesem langjährigen Tabu hat Frauenministerin Gabriele Heinsch-Hosek nun endgültig gebrochen. Seit 1. August müssen Unternehmen mit mehr als 1.000 MitarbeiterInnen die Einkommen der Beschäftigten offenlegen. Was es mit dieser Maßnahme auf sich hat, verrät uns die Frauenministerin im Interview.

LINKTIPP:

Website der Frauenministerin
www.frauen.bka.gv.at

Glück auf: Warum sollen Einkommen im Betrieb offengelegt werden?

Heinsch-Hosek: Wir haben seit mehr als 30 Jahren gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit gesetzlich verankert. Fakt ist: Jedes Jahr stellen wir wieder fest, dass vollzeitbeschäftigte Frauen im Schnitt um fast ein Viertel weniger verdienen als Männer. Das ist nicht fair. Hier hilft nur Transparenz. Deshalb wollen wir hier nachschauen und Licht ins Dunkel bringen.

Was können transparente Einkommen bewirken?

Heinsch-Hosek: Die betriebsinternen Einkommensberichte sind ein erster wichtiger Schritt, um unterschiedliche Entgelte überhaupt zum Thema zu machen. Der Bericht wirkt auf einen Teil der Ursachen der Lohnschere. Allerdings stellt der Bericht nicht die Bewertung der Arbeit nach dem Kollektivvertrag in Frage, noch kann er die Ausbildungs- und Berufswahl junger Frauen und Mädchen beeinflussen. Aber vielleicht regt er zur Diskussion an, warum SekretärInnen mehrheitlich Frauen und zum Großteil in Teilzeit und die FacharbeiterInnen fast alle Männer sind und Überstunden machen.

Glück auf: Was haben Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von der neuen Regelung?

Heinsch-Hosek: Mehr Transparenz. Die Möglichkeit, nachzusehen und sich zu erkundigen, ob sie fair entlohnt werden. Vor allem die Betriebsrätinnen und Betriebsräte haben nun ein starkes Instrument in die Hand bekommen, um sich ge-



Frauenministerin Heinsch-Hosek will mit den Einkommensberichten für faire Bezahlung von Frauen und Männern sensibilisieren.

meinsam mit der Geschäftsleitung das betriebsinterne Entlohnungsschema auf strukturelle Fehler anzusehen.

Lohnsünder bleiben unbestraft. Wieso?

Heinsch-Hosek: Unternehmen, die diskriminierend bezahlen, also zwei Personen mit gleicher und gleichwertiger Arbeit ungleich entlohnen, konnten auch bislang schon individuell verklagt und „bestraft“ werden. Das ist auch weiterhin so. Der Bericht selbst ist ein betriebsinterner Bericht und unterliegt der Verschwiegenheit nach außen, ebenso wie die Kostenrechnung oder der Wirtschaftsprüfbericht.

Ab wann erwarten Sie erste Erfolge durch die neue Gesetzesbestimmung?

Heinsch-Hosek: Ich finde, das Gesetz ist jetzt schon ein Erfolg. Schon lange nicht wurde über das Thema der fairen Entlohnung zwischen Frauen und Männern so intensiv diskutiert wie in den vergangenen Monaten. Es geht hier auch um Bewusstseinsbildung und darum, die ArbeitnehmerInnen, BetriebsrätInnen und UnternehmerInnen wie auch die Sozialpartner für die Problematik zu sensibilisieren. Und natürlich werden wir über den Sommer sehr genau nachsehen: Wer hat einen Bericht gelegt und wer nicht? Ich möchte die Erfolgsbeispiele vor den Vorhang bitten und jene, die keinen Bericht legen, sehr deutlich an ihre gesetzlichen Pflichten erinnern.

BetriebsrätInnen finden unter www.proge-frauen.at hilfreiche Unterlagen und Tipps zu den Einkommensberichten. Bei speziellen Fragen bieten die PRO-GE Frauen umfassende Beratung und Informationen unter Tel.: (01) 534 44-69042 oder per E-Mail an frauen@proge.at

Lehrausbildung

Schluss mit der Prüfungshölle

Jedes Jahr entscheidet eine einzige Prüfung über Erfolg oder Misserfolg der gesamten Lehrzeit. Mit einer besseren Verteilung der Prüfungen wäre der enorme Druck auf die Lehrlinge vermeidbar. „Teilprüfungen statt Prüfungshölle“ fordert daher die PRO-GE Jugend und macht das Thema zum Schwerpunkt ihrer Kampagne.

Kleine Häppchen statt großem Brocken. Die Prüfung am Ende der Lehrzeit wird so zum einzigen, alles entscheidenden Test. Die Versagensangst ist groß, den Lernstoff gilt es erst einmal zu bewältigen. „Der technische Fortschritt der vergangenen Jahre hat die Berufsausbildung komplett verändert. Die Anforderungen an die Lehrlinge sind enorm“, weiß der Jugendvorsitzende. Aber gibt es eine Alternative? Eine laufende, objektive Überprüfung der Fähigkeiten ist daher für die Lehrlinge extrem wichtig. „Teilprüfungen, die zusammen die große Lehrabschlussprüfung ersetzen, wären hier der richtige Ansatz“, so Michlmayr. „Sie würden eine laufende Qualitätskontrolle ermöglichen, und auf Defizite und Stärken könnte bereits früh eingegangen werden.“

LINKTIPP:

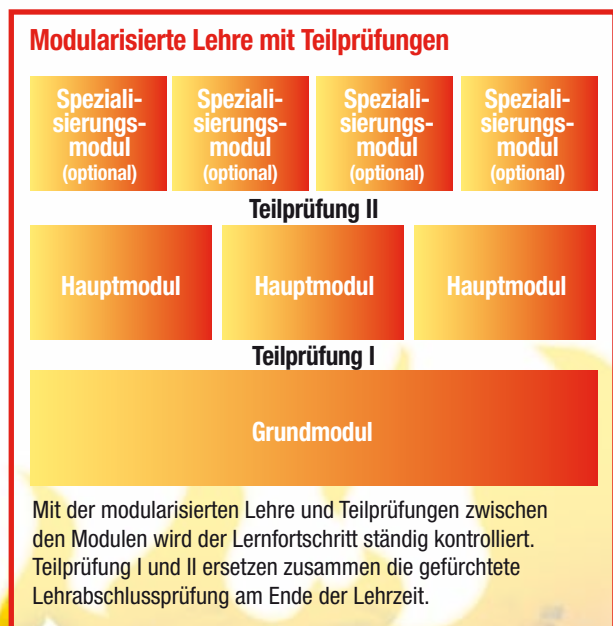
Website der PRO-GE Jugend
www.proge-jugend.at

Praxistest gescheitert. Anfang des Jahres setzte das Wirtschaftsministerium die Förderung für bestandene Praxistests aus. Der freiwillige Test wurde 2009 eingeführt, um den Lernfortschritt zur Mitte der Lehrzeit zu ermitteln – die Lehrlinge sollten herausfinden, wo sie mit ihren Kenntnissen stehen. Jede bestandene Prüfung brachte dem Betrieb eine Prämie von 3.000 Euro ein. Das ließen sich die wenigsten entgehen und schon bald stand die finanzielle Förderung vor der Qualität der Ausbildung. Seit der Abschaffung der Förderungen wird das Können der Lehrlinge nur noch am Ende der Lehrzeit überprüft.

Facharbeitskräfte fallen nicht vom Himmel.

„Von der Qualität der Lehre hängt unsere Zukunft ab“, beteuert Michlmayr, „denn die benötigten FacharbeiterInnen fallen nicht einfach vom Himmel.“ Die Wirtschaft beklagt zwar gerne den heimischen Fachkräftemangel, zeigt sich zugleich aber immer weniger bereit, diese auch auszubilden. Hohe Durchfallraten sind nur ein Indiz für so manche Missstände in der Lehre. Durch die Einführung von Teilprüfungen könnte die Qualität der Ausbildung rechtzeitig überprüft werden. „Davon profitieren Betriebe gleichermaßen wie Lehrlinge!“, ist Jürgen Michlmayr überzeugt.

Viele Lehrlinge fürchten sie: die Lehrabschlussprüfung (LAP). Rund 17 Prozent der Lehrlinge fallen im Durchschnitt beim ersten Antreten durch. In der Sparte Gewerbe und Handwerk sind es sogar 21,8 Prozent. Für Jürgen Michlmayr, Bundesjugendvorsitzender der PRO-GE, sprechen diese Zahlen eine klare Sprache: „Die Qualität der Ausbildung darf nicht erst am Ende der Lehrzeit überprüft werden. Lehrlinge müssen schon währenddessen wissen, wo sie stehen und welche Fertigkeiten zu verbessern sind.“ Vor allem liege es aber in der Verantwortung des Betriebes, die eigene Ausbildung einem Qualitätscheck zu unterziehen. „Durch Teilprüfungen ließe sich die Qualität der Lehre besser überprüfen“, ist Michlmayr überzeugt.



Tirol

Erfolgreich gegen Diskriminierung

Ein Ex-Mitarbeiter der Firma Thöni in Tirol war am Arbeitsplatz rassistischen Äußerungen, Mobbing und Beleidigungen ausgesetzt. Die PRO-GE klagte und bekam Recht. Das Unternehmen muss 2.400 Euro Schadenersatz zahlen.

Der Telfser

Industriebetrieb Thöni (Tirol) muss wegen ethnischer Diskriminierung eines kroatischen Ex-Mitarbeiters eine Entschädigung in Höhe von 2.400 Euro samt 8,38 Prozent Zinsen zahlen. Das entschied das Landesgericht Innsbruck, nachdem die PRO-GE für ihr Mitglied vor Gericht zog. „Im Sinne des Gleichbehandlungsgesetzes wurde der Kroat von seinem Vorgesetzten aus rassistischen Gründen über Jahre schikaniert und diskriminiert. Nun hat dies auch das Gericht bestätigt“, erklärt PRO-GE Sekretär Bernhard Höfler.

Massivstes Mobbing. 2008 kam es zwischen einem Vorgesetzten und einem kroatischen Beschäftigten, der insgesamt 15 Jahre in der Fir-



ma beschäftigt war, zu vermehrten Konflikten. Der gebürtige Kroat war am Arbeitsplatz rassistischen Äußerungen, persönlichen Beleidigungen und massivstem Mobbing ausgesetzt. „Erst durch die tatkräftige Unterstützung des Betriebsrates Peter Gritsch wurde der Fall bekannt, daraufhin der PRO-GE weitergeleitet



„Rassistischem Vorgehen muss ein Riegel vorgeschoben werden!“

Bernhard Höfler, PRO-GE Tirol

und letztendlich vor Gericht ausgefochten“, so Höfler. Der gebürtige Kroat, der seit 1994 bei der Firma Thöni arbeitete, verlor zwar 2009 seinen Arbeitsplatz durch eine Kündigungswelle. „Trotzdem muss man ein Zeichen setzen und so einem rassistischen Vorgehen künftig einen Riegel vorschieben“, erklärt Höfler.

Kärnten

ErntehelferInnen bekommen rechtmäßigen Lohn

Ungarische ErntehelferInnen wandten sich an die PRO-GE Kärnten, weil sie den versprochenen Lohn nicht ausbezahlt bekamen. Durch rasches Handeln bekamen die ArbeiterInnen bald darauf ihre rechtmäßige Bezahlung.

Neun ungarische ErntehelferInnen wandten sich wegen Lohnstreitigkeiten an die PRO-GE Kärnten. Den ErntehelferInnen wurde ursprünglich eine Entlohnung von vier Euro pro Stunde in Aussicht gestellt, doch die versprochene Auszahlung wurde nicht eingehal-

ten. Manche hatten so nicht einmal das nötige Geld, um die Heimreise zu bezahlen. Nur wenige Stunden nach dem Hinweis wurde der Betrieb nach dem neuen Gesetz gegen Lohn- und Sozialdumping gemeinsam von Gebietskran-

kenkasse (GKK) und Finanzpolizei überprüft. Durch die gute Zusammenarbeit von Behörden und Gewerkschaft kamen die Erntehelfer nun zu ihrem rechtmäßigen Lohn.

„Es ist sehr positiv, dass sich ausländische Arbeitskräfte bei uns als Interessenvertretung und den zuständigen Behörden melden. Das neue Gesetz gegen Lohn- und Sozialdumping greift“, sagt Gernot Kleißner von der PRO-GE Kärnten. Nur wenn sich die betroffenen Personen noch in Österreich befinden sei es möglich, die Probleme lückenlos aufzuklären. „Durch die gute Zusammenarbeit und rasche Überprüfung durch die Behörden konnten wir den ungarischen Beschäftigten helfen“, sagt Kleißner.



Berufsausbildung

Eine zweite Chance in der „Mollardburg“

René S. arbeitet seit zwei Jahren in einem kleinen Wiener Installateurbetrieb. Nur weil er in einem Nachqualifikationsprojekt unterkam, konnte der Lehrabbrecher die Ausbildung doch abschließen.

Jugendliche, die ihre Lehre abbrechen oder die Lehrabschlussprüfung nicht schaffen, stecken meist in einer Sackgasse. Sofern sie keinen neuen Lehrplatz finden, gibt es keine Möglichkeit, den Lehrabschluss nachzuholen. Heinz Pöcher, Direktor der Berufsschule Mollardgasse – liebevoll „Mollardburg“ genannt – kämpft deswegen für die Öffnung der Berufsschulen auch für Arbeitslose.

Reingehängt und durchgebissen. René war einer von zwölf Arbeitslosen, die 2007 am ersten Nachqualifikationspro-

jekt für InstallateurInnen teilnahmen. Seine Lehre zum Sanitär- und Heizungstechniker brach er ab, schließlich landete er beim Arbeitsmarktser-vise. „Dort habe ich vom Nachqualifikationsprojekt in der Mollardgasse erfahren“, erzählt der Geselle. „Die meisten dieser jungen Arbeitslosen bekommen keine zweite Chance“, weiß Berufsschuldirektor Pöcher aus Erfahrung: „Betriebe wollen keine halb ausgebildeten Arbeitskräfte – Langzeitarbeitslosigkeit bereits in jungen Jahren ist oft die Folge.“ René ist heute jedenfalls froh, die Chance ergriffen zu haben: „Manchmal war ich zwar kurz davor aufzugeben, dann hab ich mich aber reingehängt und durchgebissen.“

Öffnung der Berufsschulen nötig. Mittlerweile hat es drei Nachqualifikationsprojekte in der Mollardgasse gegeben. Pöcher wünscht sich, dass solche Nachqualifikationen regulär angeboten werden. „Das Problem liegt im Schulordnungsgesetz, denn danach dürfen nur Personen mit aufrechtem Lehrverhältnis an der Berufsschule unterrichtet werden“, erklärt Pöcher. Bedarf gibt es allemal, wie aktuelle Zahlen zeigen: Rund ein Drittel der Lehrlinge von Sanitär- und Heizungstechnik fällt beim ersten Anlauf zur Lehrabschlussprüfung durch. Allein in Wien gibt es in dem Bereich rund 300 Arbeitslose zwischen 20 und 31 Jahren.

In Zukunft investieren. Ümit T. ist einer der Absolventen des letzten Projekts. Elf von zwölf Teil-



René bekam 2007 eine zweite Chance. Jetzt arbeitet er in einem kleinen Installateurbetrieb.

nehmern haben die 17-monatige „Kurzlehre“, dank individueller Anpassung des Lehrplans, abschließen können. „Ich habe schon eine Aussicht auf einen Job“, freut sich Ümit. „Über kurz oder lang muss es der öffentlichen Hand billiger kommen, in ein derartiges Ausbildungssystem zu investieren, als monate- und jahrelang Arbeitslosengelder zu bezahlen, während die Wirtschaft den FacharbeiterInnenmangel beklagt“, argumentiert Pöcher.



Modularisierter Lehrberuf

Das Berufsfeld der InstallateurInnen wird immer breiter. Firmen sind meist spezialisiert, daher war die Modularisierung des Lehrberufs vor drei Jahren wichtig. Der Lehrberuf besteht nun aus drei Hauptmodulen (Sanitär-, Heizungs- und Lüftungstechnik) und vier Spezialmodulen.

Soziale Verantwortung von Unternehmen

Ethik: Ein bisschen mehr bitte!

13 Jeanshersteller hat der Verein für Konsumenteninformation (VKI) auf soziale und ökologische Kriterien überprüft. Die Ergebnisse sind erschreckend und werfen die Frage nach der Ethik in Unternehmen auf.

LINKTIPPS:

Verein für Konsumenteninformation

www.vki.at

Kampagne für faire Arbeitsbedingungen in der Bekleidungsindustrie

www.cleanclothes.at

Ethische Verantwortung von Unternehmen ist auch im 21. Jahrhundert noch keine Selbstverständlichkeit. Mag. Peter Blazek, Ethikexperte des VKI, weiß davon ein Lied zu singen. Seit 2000 überprüft er gemeinsam mit seinen KollegInnen nicht nur die Qualität von Produkten, sondern nimmt auch die Sozial- und Umweltpolitik von Unternehmen unter die Lupe – zuletzt von 13 bekannten Jeansherstellern.

Günstig und gut. Dass beim Ethik-Test des VKI vor allem die günstigeren Jeanshersteller wie H&M oder ZARA besser abschnitten als beispielsweise Diesel oder Hugo Boss,

mag überraschend wirken – für Peter Blazek war das Ergebnis zu erwarten. Schon 2002, bei der bis jetzt letzten Überprüfung der Jeanshersteller, verweigerten vor allem die teureren Erzeuger die Zusammenarbeit mit den PrüferInnen, was sich negativ auf das Bewertungskriterium „Transparenz“ auswirkte. Auch haben viele der günstigeren Jeanshersteller Verhaltenskodizes umgesetzt. Zwischen den Ergebnissen von 2011 und 2002 gibt es also nicht viele Unterschiede. Hat sich im vergangenen Jahrzehnt nichts verändert?

Langsamer Fortschritt. „Es hat sich sogar sehr viel getan!“, ist Peter Blazek überzeugt. Eigene Sozial- und Umweltpolitiken gehören zum fixen Bestandteil großer Konzerne. NGOs spielen eine immer wichtigere Rolle bei der Wahrnehmung sozialer Verantwortung. „Wenn man sich einen Manager neben einem Aktivisten einer NGO vorstellt, ist das auf den ersten Blick ein ungewohntes Bild. Aber es ist die Realität. Unternehmen können es sich nicht mehr leisten, auf die Zusammenarbeit mit NGOs zu verzichten.“ Durch jahrelange Bewusstseinsbildung denken Konsumentinnen und Konsumenten heute anders als noch vor einem Jahrzehnt. Es ist eben nicht mehr egal, unter welchen Bedingungen ein Produkt erzeugt wird – sei es bei

der Kleidung, bei Lebensmitteln oder anderen Produkten.

Hosen runter! Viele Unternehmen halten trotzdem mit ihrer Sozial- und Umweltpolitik hinterm Berg. Dabei ist gerade die Geheimhaltungspolitik ein Indiz dafür, dass was faul ist. Wer ethische Verantwortung im Unternehmen übernimmt, hat nichts zu befürchten. Im Gegenteil: Eine positive Bewertung beim Ethik-Test wirkt sich auch auf den Ruf des Unternehmens und damit auf die Kauflust von Kunden und Kundinnen aus.

Kunde ist König. Der Einfluss der KonsumentInnen auf die Unternehmenspolitik ist in den vergangenen Jahren massiv gestiegen. Der Ansatz „Allein kann ich ohnehin nichts erreichen“ war gestern. Heute sind KonsumentInnen selbstbewusster, fragen in Filialen nach Sozialstandards und Produktherkunft und äußern ihren Unmut bei Missständen – mittels Unterschriftenaktionen, Protestschreiben oder Boykott. Peter Blazek begrüßt diese Maßnahmen, da sie Unternehmen zum Umdenken bewegen. Denn nach wie vor gilt: „Der Kunde ist König!“

Die Ergebnisse des Ethik-Tests sind in der Juli-Ausgabe der VKI-Zeitschrift „Konsument“ erschienen und können online unter www.konsument.at nachgelesen werden.

EMB-Kongress 2011

Auf dem Weg zu einem neuen Dachverband

Der Europäische Metallgewerkschaftsbund (EMB) feiert heuer sein 40-jähriges Jubiläum. Der EMB-Kongress 2011 war der letzte. Denn nächstes Jahr wird der EMB Teil eines neuen Dachverbandes der europäischen Industriegewerkschaften.

LINKTIPP:

Website des Europäischen
Metallgewerkschaftsbunds
www.emf-fem.org

Aus 34 Ländern kamen 550 Delegierte zum Kongress vor der beeindruckenden Kulisse des Duisburger Landschaftsparks Nord, einer ehemaligen Eisenhütte. „Wenn die politischen Verantwortlichen nicht rasch für eine gerechtere Verteilung von Reichtum und Wohlstand sorgen, werden sich immer mehr Menschen von der Idee eines gemeinsamen Europas abwenden“, warnte EMB-Präsident Renzo Ambrosetti in seiner Eröffnungsrede. „Europa braucht spürbare soziale Gerechtigkeit.“

Neuer Generalsekretär. Der Schweizer Ambrosetti wurde als Präsident des EMB bestätigt. Verabschiedet wurde der bisherige Generalsekretär Peter Scherrer. Zu seinem Nachfolger wurde sein deutscher Landsmann Ulrich Eckelmann gewählt. Bestätigt wurde auch PRO-GE Vorsitzender Rainer Wimmer als Vizepräsident des EMB für die Region Mitteleuropa.

Gemeinsam stärker auftreten. Einstimmig sprachen sich die Delegierten für die Gründung eines neuen Dachverbandes der europäischen Industriegewerkschaften aus. Dieser soll bereits im Juni 2012 aus dem EMB, der Europäischen Föderation der Bergbau-, Chemie- und Energiegewerkschaften (EMCEF) und dem Europäischen Gewerkschaftsverband Textil, Bekleidung, Leder (EGV:TBL) entstehen. Die Gewerkschaft PRO-GE ist in allen drei Verbänden vertreten. „Mit dieser Bündelung

der Kräfte werden die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer künftig eine noch stärkere Stimme auf europäischer Ebene haben“, begrüßt PRO-GE Vorsitzender Rainer Wimmer den Beschluss.

Nachhaltige Zukunft sichern. Die politischen Forderungen des Kongresses beinhalten unter anderem eine Neuausrichtung der Europa-2020-Strategie. Ziele müssen hochwertige Beschäftigung, sozialer Zusammenhalt und nachhaltige Entwicklung sein. ArbeitnehmerInnenrechte müssen Vorrang vor den Binnenmarktfreiheiten der EU haben. Weitere Forderungen zielen auf den Kampf gegen prekäre Arbeit, auf eine aktive Lohnpolitik zur Sicherung eines fairen Anteils am Wohlstand für alle Beschäftigten sowie die Verbesserung der Qualität und des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz ab.



PRO-GE Vorsitzender Rainer Wimmer mit EMB-Präsident Renzo Ambrosetti (li) und dem neuen EMB-Generalsekretär Ulrich Eckelmann (re).

„Die Entwicklung der Europäischen Gewerkschaftsverbände zeigt deutliche Ähnlichkeiten mit der Entstehung der PRO-GE in Österreich. Das ist auch eine schöne Bestätigung, dass wir mit der Gründung der Produktionsgewerkschaft den richtigen Weg eingeschlagen haben.“

Rainer Wimmer

Achtung Kamera



PRO-GE goes Donauinsel. Die PRO-GE präsentierte sich gemeinsam mit der Gewerkschaft Bau-Holz am Donauinsselfest 2011. Bei den Infoständen auf der Arbeitswelt-Insel wurden von den Fachausschüssen Lehrberufe vorgestellt. Auch Bundeskanzler Werner Faymann schaute bei der PRO-GE vorbei und nahm sich Zeit für ein kurzes Kickerl.



Betriebsbesuch Mayr-Melnhof. Die börsennotierte Mayr-Melnhof AG ist mit ihren Kartonagen ganz an der Weltspitze. Rund 8.000 MitarbeiterInnen beschäftigt die Mayr-Melnhof-Kleinen Frohnleiten trotz Expansion noch immer im Andreas Hemmer zeigte dem Vorsitzenden Rainer Wimmer bei einem Betriebsbesuch das steirische Werk.



Betriebsbesuch BMW Steyr. BMW bricht alle Rekorde. Auch das Motorenwerk in Steyr läuft derzeit auf Hochtouren. PRO-GE Chef Rainer Wimmer ließ sich Anfang Juli vom BMW-Betriebsratsteam rund um Andreas Brich die Produktion zeigen. Trotz enormer Auslastung setzt BMW stark auf Leiharbeit. Auch das war Thema beim Betriebsbesuch. In Steyr sind etwa 3.500 MitarbeiterInnen beschäftigt.



Betriebsversammlung bei ATB. Bei der Betriebsversammlung am 15. Juli durfte ATB-Betriebsratschef Michael Leitner auch den PRO-GE Bundesvorsitzenden Rainer Wimmer begrüßen. Zurzeit arbeiten mehr als 500 Beschäftigte im Elektro-Motorenwerk in Spielberg (Steiermark). Dank der guten Konjunktur in Deutschland sind die Auftragsbücher des Unternehmens voll.



Weiterbildung in der Schwechater Brauerei. Viele Firmen haben Weiterbildungsprogramme, in denen das Büropersonal mehr über die Produktionsabläufe erfährt. Auch die Gewerkschaft erkennt immer mehr den Nutzen solcher Bildungskonzepte: Auf Einladung des Betriebsrates informierten sich nun rund zehn PRO-GE MitarbeiterInnen über die Brau Union und die Schwechater Brauerei. Am Standort Schwechat, wo die gesamte Dosen-Abfüllung des Konzerns gemacht wird, arbeiten rund 380 Beschäftigte.

Steuerliche Begünstigung im Ausland

Montage: „Privileg“ bleibt

Mit Ende 2010 hat der Verfassungsgerichtshof die steuerliche Begünstigung für Auslandsmontagen aufgehoben. Im Eilzugsverfahren konnte die PRO-GE für die Jahre 2011 und 2012 Übergangsregelungen erreichen und nun gemeinsam mit den Sozialpartnern eine neue Dauerregelung im Gesetz erwirken.

LINKTIPP:

Mehr Rechtsinfos unter
www.proge.at/recht

Monteure und Monteuren haben nicht nur mit langen Abwesenheiten von zu Hause zu kämpfen. Der Wegfall der steuerlichen Begünstigung hätte auch noch große finanzielle Einbußen bewirkt. Auch Unternehmen hätten plötzliche Mehrkosten gehabt, gleichzeitig aber keine Beschäftigten gefunden. Zu diesen Bedingungen will kaum wer im Ausland arbeiten.

Schnelles Handeln notwendig. Die plötzliche Abschaffung der Begünstigung rief schnelles Handeln der Sozialpartner auf den Plan. Nach zähen Verhandlungen hat der Nationalrat im Sommer 2011 die Nachfolgeregelung für das Montage-„privileg“ beschlossen. Dass unter erschwerten Umständen eine rasche und dauerhafte Lösung zugunsten von AuslandsmonteurenInnen und Unternehmen erreicht wurde, ist ein großer Erfolg der Sozialpartner, die sich bei der Regierung durchgesetzt haben. Gerade in Österreich, wo 60 Prozent der Wirtschaftsleistung vom Export abhängen, ist die Neuregelung ein wichtiger Beitrag zur Sicherung von Arbeitsplätzen und des Wirtschaftsstandortes.

Voraussetzungen für Steuerbefreiung. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die für österreichische Unternehmen im Ausland tätig sind, können ab 2012 unter bestimmten Voraussetzungen 60 Prozent ihres Einkommens bis zur ASVG-Höchstbeitragsgrundlage (2011: 4.200 Euro) steuerfrei beziehen. Voraussetzung dafür ist unter anderem, dass die/der Beschäftigte ein bis sechs Monate mindestens 400 km von der österreichischen Staatsgrenze entfernt unter erschwerten Bedingungen arbeitet. Für ArbeitnehmerInnen, die Montageleistungen innerhalb von 400 km ab der Grenze erbringen, gilt auch 2012 eine Übergangsregelung, die eine Steuerbegünstigung von 33 Prozent vorsieht.



Christian Schaller,
Betriebsratsvorsitzender Siemens AG Österreich

Vor dem Schlimmsten bewahrt

„Für uns wäre der Wegfall der Steuerbegünstigung eine Katastrophe gewesen. Die meisten MonteurlInnen arbeiten bei uns ständig im Ausland, sind von ihren Familien getrennt und nehmen daher ziemlich viele Einbußen in Kauf. Durch zusätzlich finanzielle Nachteile hätten wir die Montageleistungen nicht länger anbieten können. Ich bin dankbar, dass die Sozialpartner hier schnell eine Dauerlösung gefunden haben, die für uns passt!“

Tipps: Worauf muss ich achten?

Die neue Regelung sieht einige Feinheiten vor, auf die es zu achten gilt. Wenn die Steuerbegünstigung für Auslandsmontagen in Anspruch genommen wird, dürfen Zulagen und Zuschläge (nach § 68 EStG) nicht gleichzeitig steuerbegünstigt geltend gemacht werden; der Arbeitgeber darf für den/die ArbeitnehmerIn steuerfrei höchstens eine Familienheimfahrt im Kalendermonat bezahlen. Vorsicht auch bei Werbungskosten: Im günstigsten Fall können diese geltend gemacht werden, sind dann jedoch mit dem Wegfall der Steuerbegünstigung für Auslandsmontagen verbunden. **Vor Beginn eines Auslandseinsatzes ist es ratsam, sich beim Arbeitgeber und beim Betriebsrat über die steuerliche Behandlung des zu erwartenden Einkommens zu informieren, um böse Überraschungen zu vermeiden.**

Urlaubsverein der PRO-GE

September in Kärnten



Für unser Urlaubshaus am Wörthersee, in Velden, gibt es im September noch freie Zimmer und Ferienwohnungen. Die Nachsaison bietet alle Sport- und Freizeitmöglichkeiten. Sie ist aber auch ideal für all jene, die die Stille und den idyllischen Reiz der Nachsaison am Wörthersee genießen wollen. Die Ferienwohnungen können auch tageweise mit Frühstücksbuffet gebucht werden.

Haus Velden freier Termin 11.–18.9.2011

Preise für PRO-GE/ÖGB-Mitglieder pro Ferienwohnung und Tag (exkl. Kur-/Ortstaxe)

Ferienwohnung für 2–3 Personen: **Euro 46,50**

Ferienwohnung für 4–5 Personen: **Euro 72,00**

Preise für Nichtmitglieder pro Ferienwohnung und Tag (exkl. Kur-/Ortstaxe)

Ferienwohnung für 2–3 Personen: **Euro 56,50**

Ferienwohnung für 4–5 Personen: **Euro 87,90**

Leistungen: Strom- und Heizkosten, Bettwäsche*, Hand- und Duschtücher, Koch- und Essgeschirr, Tischtennis (Schlägerverleih), Sauna, Benützung des hauseigenen Badestrandes. Aufzahlung Frühstücksbuffet € 6,20 (Kinder 0–6 Jahre frei).

* Bei einer Aufenthaltsdauer von weniger als 3 Nächten wird eine einmalige Wäschepauschale von 6,00 Euro pro Person verrechnet.

ACHTUNG: GENERALSANIERUNG IN BAD HOFGASTEIN

Hotelbetrieb bis 4. September 2011 –
voraussichtliche Wiedereröffnung Juli 2012

INFOS UND BUCHUNGEN:

Infos über Preise und aktuelle Angebote des Urlaubsvereins der PRO-GE gibt es im Internet unter www.proge.at/urlaub.

Wer keinen Zugang zum Internet hat, kann sich direkt im Urlaubsverein telefonisch informieren bzw. das gewünschte Angebot dort buchen:

Urlaubsverein der PRO-GE, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien, Tel.: (01) 534 44-69705 od. 69707, Fax: (01) 534 44-103211, E-Mail: urlaub@proge.at

CARTOON:



Preisrätsel



Den Kupon in ein Kuvert stecken, falls nötig, Adresskleber auf der Rückseite korrigieren und mit dem Vermerk „Postgebühr zahlt Empfänger“ bis 14. September 2011 senden an:
PRO-GE, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien

Waagrecht:

- 6 Wohin rudern vorm Abgrund? Das erfährst du auf S. 6!
- 7 Wie sich Pop-Größe Sir John noch nennen lässt
- 9 Hauptstädtisch fühlt sich ein Albaner/ jedenfalls hier, in –
- 10 Zum österreichischen Gebirge R-weiteres (Schnee-)Schmelzen
- 11 Ehrenvolle Anrede, liebe sich Don Camillo hierzulande gefallen
- 13 Für mehr Durchblick: Damit macht Heinisch-Hosek Gehaltsdifferenzen glasklar (S. 14)
- 17 *Solche* Mitarbeit ist von allen Noch-nicht-Ruheständlern erwünscht
- 18 Verbrannter Rest vom Gartengrillfest, wonach Raimund lied-lich rufen lässt (Mz.)
- 19 Bekleidung, bein-lich: runter damit auf S. 18 (Mz.)
- 20 Ein Komparse, wie er in der Wirtschaftsstatistik (!) steht

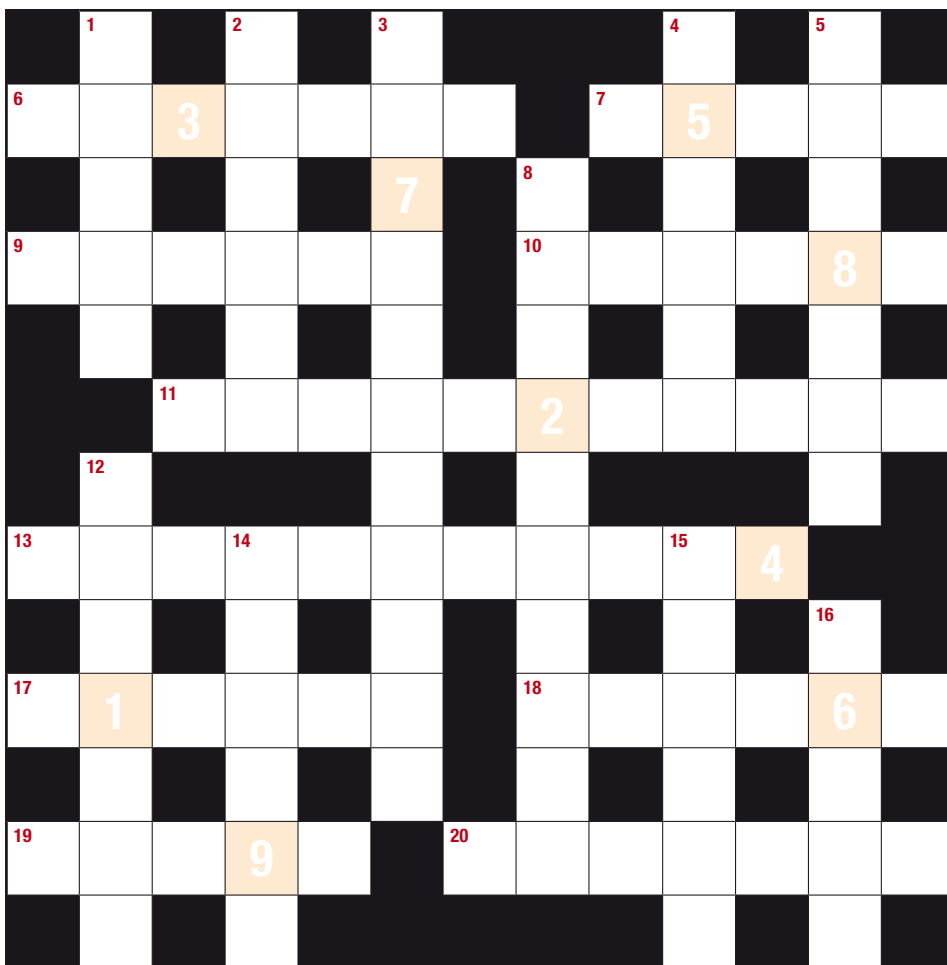
Senkrecht:

- 1 Ob vokal, ob instrumental – sie ist Ton um Ton eine Ohrenfreude
- 2 Beim Besuch der Insel kommt in Venedig Glas um Glas Freude auf
- 3 Dabei bemühen sich zwei, auf 64 Feldern den König ermatten zu lassen
- 4 Farbiges aus dem Schwarz-Weiß-Kino: Dietrich war ein solcher Engel
- 5 VerLängerter Finanz-Platz: Auf S. 7 steht, worin dir netto mehr bleiben soll ...
- 8 ... wenn diese Abgabenbürde gerecht verteilt wird
- 12 Landwirtschaftliches Fahrzeug, volkstümlich für die Abholung der Resi vorgeschlagen
- 14 Benehmen in Beugeform: Zum Auftakt von dem flotten Reigen/ sollst du höflich dich ver...
- 15 Was hier hingehört, ist das Gegenteil von Etwas
- 16 Wie der Herbst temperaturmäßig werden könnte, wird auf S. 11 gefragt



Zu gewinnen gibt es:
 4-mal ein Brettspiel: „fair play. Gerechtigkeit am Arbeitsplatz ist kein Glücksspiel“

HINWEIS: Die Buchstaben in den unterlegten Feldern ergeben aneinandergereiht ein Lösungswort von der Berufsschule.



Rätsel: Vera Ritterich

LÖSUNGSWORT aus der vorigen Ausgabe **GLÜCK AUF! : PRAEVENTION**

W: 7 ICON 8 OBSTKORB 9 INTERVIEW 10 OTT 12 SCHADE 13 ZITATE 15 SEIDIG 17 PATENT
 18 PST 20 AUSTRASTEN 22 FESTIVAL 23 IOTA
 S: 1 SCHNECKE 2 ANGEWANDT 3 LOUVRE 4 ESSENZ 5 AKT 6 KROT 11 STATISTIK 14 TANGENTE 16 GRUEVE 17 PAROLE 19 SEER 21 UTE

GewinnerInnen aus der vorigen Ausgabe GLÜCK AUF!:
 Walter Zierl, 1110 Wien – Christian Koppensteiner, 3932 Kirchberg/Walde – Johanna Engl, 4802 Ebensee – Walter Schönfelder, 1110 Wien – Josef Pfingstl, 8121 Deutschfeilitz

Ein Ersuchen des Verlages an den/die Briefträgerin:

Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige Anschrift mit

 Straße/Gasse

_____/_____/_____
 Haus-Nr. / Stiege/ Stock/ Tür

 Postleitzahl

 Ort

Besten Dank

PRO-GE
 proge-shop.at

Die PRO-GE Sporttasche Eine wandelbare Alleskönnerin



15,41 EUR

(Inkl. 20 % MwSt. zzgl. Versand)

5-fach verwendbare Sporttasche:

Als **Rucksack**, als **Umhängetasche**, als **kleine Sporttasche**,
 als **Bauchtasche** oder als **große Sporttasche**.

Größe der gesamten Tasche: ca. 58 x 37 x 28 cm

Zusätzliche Werbung wie Betriebsratslogos oder
 Ähnliches ist auf diesem Produkt ebenfalls möglich!

Nimm dafür bitte direkt Kontakt auf:

Fa. KOLIBRI, Tel.: (02254) 763 33-20 od. -21

E-Mail: proge@kolibri.eu



www.proge-shop.at

www.proge.at